

# Politische Initiativen gegen die Pegida-Aufmärsche in Karlsruhe an die Adresse von OB Dr. Mentrup und Gemeinderäte/-Fraktionen – Emailserie Juni-März 2015

Von: Dietrich Schulze [mailto:dietrich.schulze@gmx.de]

Gesendet: **Freitag, 5. Juni 2015 15:40**

An: 'dez1@karlsruhe.de'; 'spd@fraktion.karlsruhe.de'; 'gruene@fraktion.karlsruhe.de'; 'fraktion@kult-fraktion.de'; 'fdp-fraktion@karlsruhe.de'; 'dielinke@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'gfk@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'freiewaehler@gemeinderat.karlsruhe.de'

Betreff: Soli AW: VVN-BdA AW: Farce AW: Diebstahl AW: Iris Berben AW: HoGeSa 19. April AW: AAKA bittet um öffentliches Signal gegen Pegida

Anlagen:  Solidaritätserklärung 05062015.pdf (133 KB) **(Seite 5)**

**An OB Dr. Mentrup und Karlsruher Gemeinderäte/Fraktionen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

beim Festakt am 23. Mai hatten Sie öffentlich erklärt „Pegida ist in Karlsruhe gescheitert.“

Am gleichen Tag hat Pegida einen Fahndungsaufruf verbreitet, mit dem eine NoKargida-Demonstrantin in gefährlicher Weise bedroht wird.

Bitte unterstützen Sie die beigelegte Solidaritätserklärung des AAKA und des Netzwerks, die gerade an die Presse gegangen ist.

Demonstrieren Sie damit, dass dieser Eskalationsschritt des rechten Spuks ohne WENN und ABER zurück gewiesen wird und das angenommene „Scheitern von Pegida“ keine leere Worthülse ist.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Dietrich Schulze

Von: Dietrich Schulze [mailto:dietrich.schulze@gmx.de]

Gesendet: **Montag, 1. Juni 2015 23:45**

An: 'dez1@karlsruhe.de'; 'spd@fraktion.karlsruhe.de'; 'gruene@fraktion.karlsruhe.de'; 'fraktion@kult-fraktion.de'; 'fdp-fraktion@karlsruhe.de'; 'dielinke@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'gfk@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'freiewaehler@gemeinderat.karlsruhe.de'

Betreff: VVN-BdA AW: Farce AW: Diebstahl AW: Iris Berben AW: HoGeSa 19. April AW: AAKA bittet um öffentliches Signal gegen Pegida

Anlagen:  VVN\_PM\_Gemeinderatsresolution.pdf (25 KB) **(Seite 6-7)**

**An OB Dr. Mentrup und Karlsruher Gemeinderäte/Fraktionen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

wie in meiner Erstreaktion vermutet, bin ich nicht der Einzige geblieben, der sich kritisch zur Gemeinderatsresolution äußert.

Die VVN-BdA Karlsruhe hat gerade die in der Anlage beigelegte Presse-Erklärung abgegeben. Den entsprechenden Flyer finden Sie hier

[http://karlsruhe.vvn-bda.de/wp-content/uploads/sites/49/2015/06/VVN\\_Flyer\\_020615-FINAL.pdf](http://karlsruhe.vvn-bda.de/wp-content/uploads/sites/49/2015/06/VVN_Flyer_020615-FINAL.pdf)

Vorstellen könnte ich mir, dass die Presse an Ihren Reaktionen darauf interessiert ist.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Dietrich Schulze

Von: Dietrich Schulze [<mailto:dietrich.schulze@gmx.de>]

Gesendet: **Dienstag, 19. Mai 2015 21:30**

An: 'dez1@karlsruhe.de'; 'cdu@fraktion.karlsruhe.de'; 'spd@fraktion.karlsruhe.de'; 'gruene@fraktion.karlsruhe.de'; 'fraktion@kult-fraktion.de'; 'fdp-fraktion@karlsruhe.de'; 'dielinke@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'gfk@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'freiewaehler@gemeinderat.karlsruhe.de'

Betreff: Farce AW: Diebstahl AW: Iris Berben AW: HoGeSa 19. April AW: AAKA bittet um öffentliches Signal gegen Pegida

Anlagen:  Öffentliche Erklärung 190515.pdf (279 KB) **(Seite 8)**

**An OB Dr. Mentrup und Karlsruher Gemeineräte/Fraktionen, an Öffentlichkeit und Presse**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

ich beziehe mich auf die früheren Emails. Es wird Sie nicht sonderlich überraschen, wenn ich Ihnen als Einzelner die Öffentliche Erklärung „Gemeinderatserklärung gegen Pedida-Aufmärsche in schmutzige Farce umgefälscht“ mit meinem Protest zuleite (Anlage) und Weblink <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150519.pdf>

Ich könnte mir allerdings gut vorstellen, dass ich nicht der Einzige bleiben werde.

Wenn es Ihnen nicht zu viel Mühe macht, bin ich auch an Ihren Erwiderungen interessiert.

Werte Vertreter der Presse,

mit der Bitte um Prüfung und Veröffentlichung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Wutbürger

Dr. Dietrich Schulze

Von: Dietrich Schulze [<mailto:dietrich.schulze@gmx.de>]

Gesendet: **Montag, 11. Mai 2015 01:55**

An: 'dez1@karlsruhe.de'; 'cdu@fraktion.karlsruhe.de'; 'spd@fraktion.karlsruhe.de'; 'gruene@fraktion.karlsruhe.de'; 'fraktion@kult-fraktion.de'; 'fdp-fraktion@karlsruhe.de'; 'dielinke@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'gfk@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'freiewaehler@gemeinderat.karlsruhe.de'

Betreff: Diebstahl AW: Iris Berben AW: HoGeSa 19. April AW: AAKA bittet um öffentliches Signal gegen Pegida

**An OB Dr. Mentrup und Karlsruher Gemeineräte/Fraktionen IV**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

dies ist mein vierter Anlauf seit dem ersten vor 6 ½ Wochen. Zur weiteren Begründung der Notwendigkeit der vielfach begründeten öffentlichen Gemeinderats-Erklärung möchte ich unter Bezug auf die [Befreiungsreihe](#) an die Presse-Mitteilung [„Gedenken an die Opfer einer kriegsverbrecherischen Wehrmachtseinheit geschändet – historische Erkenntnis lässt sich weder durch Beschweigen noch durch rechtsextremistischen Diebstahl verhindern“](#) anknüpfen.

Der Vorfall ist ein weiterer Beleg für die angewachsenen öffentlichkeitswirksamen Aktionen von Militaristen, Rassisten und Neonazis in Karlsruhe. Möge Ihnen diese PM sowie eine [Erklärung aus der Befreiungsfeier](#) weiteren Auftrieb dafür geben, die zugesagte öffentliche Gemeinderats-Erklärung gegen die Pediga-Aufmärsche nunmehr am 19. Mai 2015 zu verwirklichen:

"Wir unterstützen alle friedlichen Aktivitäten, die sich dagegen richten, dass unsere Stadt, auch bekannt als Residenz des Rechts, zum Aufmarschgebiet rassistischer Hetze wird. Und die dazu beitragen, den Willen der Bürger/innen unserer Stadt zum Ausdruck zu bringen: IN KARLSRUHE SIND RASSISTEN, SIND NEONAZIS UNERWÜNSCHT."

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Dietrich Schulze

Von: Dietrich Schulze [<mailto:dietrich.schulze@gmx.de>]

Gesendet: **Mittwoch, 22. April 2015 21:21**

An: 'dez1@karlsruhe.de'; 'cdu@fraktion.karlsruhe.de'; 'spd@fraktion.karlsruhe.de';  
'gruene@fraktion.karlsruhe.de'; 'fraktion@kult-fraktion.de'; 'fdp-fraktion@karlsruhe.de';  
'dielinke@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'gfk@gemeinderat.karlsruhe.de';  
'freiewaehler@gemeinderat.karlsruhe.de'

Betreff: Iris Berben AW: HoGeSa 19. April AW: AAKA bittet um öffentliches Signal gegen Pegida

Anlagen:   **(Seiten 9-10)**

**An OB Dr. Mentrup und Karlsruher Gemeineräte/Fraktionen III**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie wissen, hat der Oberbürgermeister im Disput mit den Gästen des Netzwerktreffens am 15. April zugesagt, dass er sich um die erbetene öffentliche Erklärung gegen die Pegida-Aufmärsche zusammen mit dem Gemeinderat bemühen werde. Der Tagesordnung der nächsten Sitzung am 28. April ist zu entnehmen, dass die Bemühungen für einen Beschluss noch nicht weit genug gediehen scheinen. Vor der übernächsten Sitzung am 19. Mai soll es am 12. Mai bereits einen weiteren Aufmarsch geben.

Sie haben sicherlich das Interview in der heutigen BNN mit Iris Berben gelesen (Anlage). Mögen Sie bitten diese überzeugende Stimme gegen Ausgrenzung; Rassismus und Fremdenfeindlichkeit als Ermutigung dafür nehmen, den Beschluss – wenn nicht am 28. April als Initiativantrag – so ordentlich am 19. Mai zu fassen.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Dietrich Schulze

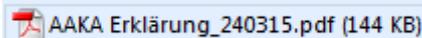
Von: Dietrich Schulze [<mailto:dietrich.schulze@gmx.de>]

Gesendet: **Samstag, 11. April 2015 14:34**

An: 'dez1@karlsruhe.de'; 'cdu@fraktion.karlsruhe.de'; 'spd@fraktion.karlsruhe.de';  
'gruene@fraktion.karlsruhe.de'; 'fraktion@kult-fraktion.de'; 'fdp-fraktion@karlsruhe.de';  
'dielinke@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'gfk@gemeinderat.karlsruhe.de';  
'freiewaehler@gemeinderat.karlsruhe.de'

Betreff: HoGeSa 19. April AW: AAKA bittet um öffentliches Signal gegen Pegida

Wichtigkeit: Hoch

Anlagen:  **(Seite 9)**

**An OB Dr. Mentrup und Karlsruher Gemeineräte/Fraktionen II**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

Karlsruhe hat sich innerhalb von 2 Monaten zu einem attraktiven Aufmarschgebiet für Rassisten und Neonazis aller Couleur entwickelt.

Der Stadt müsste bekannt sein, dass die gewaltbereite Hooligan-Szene, die durch die Teilnahme an den wohl behüteten Pegida-Aufmärschen Mut bekommen hat, als HoGeSa am Sonntag, den 19. April, auf dem Hauptbahnhof einen Aufmarsch angemeldet hat. Das kann aus einem gestrigen Bericht in „blick nach rechts“ entnommen werden <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/hogesa-aktion-in-karlsruhe-geplant>

Bevor ich auf Konsequenzen daraus eingehe, möchte ich Ihnen allen den Sachstand zum übermittelten AAKA-Appell (Anlage) mitteilen. Am gleichen Abend hatte das „Netzwerk gegen Rechts“ beschlossen, einen ähnlichen Appell an Sie zu richten. Am 2. April hatte sich der DGB-Stadtverband im Sinne des AAKA-Appells an Sie gewandt. Am 7. April teilte mir die SPD-

Stadtratsfraktion mit „Die SPD-Fraktion steht Ihrem Anliegen grundsätzlich positiv gegenüber. Wir werden das Gespräch mit den anderen Fraktionen und Herrn Dr. Mentrup suchen.“

Als besorgter Bürger fordere ich, dass der von Rechts organisierten Eskalationsstufe mit dem Aufmarsch am 19. April eine eindeutige Antwort vonseiten der Stadt gegeben werden muss.

Dieser Aufmarsch kann sehr wohl verboten werden, wenn in der Verbotsbegründung die hinlänglich bekannte Gewaltbereitschaft und Demokratiefeindlichkeit der HoGeSa-Szene in den Mittelpunkt gestellt wird und nicht wie in der gescheiterten Verbotsbegründung für den Nazi-Aufmarsch am 25. Mai 2013 auf die Abwendung von Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten.

Das wäre auch ein Signal an alle Bürgerinnen und Bürger, dass sich eine wehrhafte Demokratie nicht hinter einer angeblichen demokratischen Versammlungsfreiheit für die Gegner der Demokratie zu verstecken braucht. Das wäre ein Signal dafür, dass OB und Gemeinderäte/Fraktionen nun endlich Zeichen setzen wollen.

Einem Stadtoberhaupt, der laut heutigem BNN-Bericht die Zaungastrolche verlassen hat und die Pegida-Aufmärsche endlich als willkommenes Sammelbecken für Neonazis aller Schattierungen begriffen hat, würde es gut anstehen, die Initiative zu ergreifen, alle Rechtsmittel gegen die Aufmärsche zu ergreifen und in Anknüpfung an den Appel seines CDU-Vorgängers von 2006 öffentlich zu erklären:

"Wir unterstützen alle friedlichen Aktivitäten, die sich dagegen richten, dass unsere Stadt, auch bekannt als Residenz des Rechts, zum Aufmarschgebiet rassistischer Hetze wird. Und die dazu beitragen, den Willen der Bürger/innen unserer Stadt zum Ausdruck zu bringen: IN KARLSRUHE SIND RASSISTEN, SIND NEONAZIS UNERWÜNSCHT."

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Dietrich Schulze

Von: Dietrich Schulze [<mailto:dietrich.schulze@gmx.de>]

**Gesendet: Donnerstag, 26. März 2015 14:40**

**An:** 'dez1@karlsruhe.de'; 'cdu@fraktion.karlsruhe.de'; 'spd@fraktion.karlsruhe.de'; 'gruene@fraktion.karlsruhe.de'; 'fraktion@kult-fraktion.de'; 'fdp-fraktion@karlsruhe.de'; 'dielinke@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'gfk@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'freiewaehler@gemeinderat.karlsruhe.de'

**Betreff:** AAKA bittet um öffentliches Signal gegen Pegida

**Anlagen:**  AAKA Erklärung\_240315.pdf (144 KB) **(Seite 9)**

**An OB Dr. Mentrup und Karlsruher Gemeinderäte/Fraktionen I**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

das Antifaschistische Aktionsbündnis Karlsruhe (AAKA) hat sich an Dienstag mit interessanten historischen Hintergründen der Rassismus und Rechtstextremismus in Karlsruhe befasst und überreicht Ihnen die beigelegte Erklärung im Sinne eines Appells an die gewählte Repräsentanten unserer Stadt, die früheren Resolutionen dadurch zu bekräftigen, indem Sie ein ähnliches gemeinsames Signal an die Karlsruher Öffentlichkeit richten.

Wir wären Ihnen allen sehr dankbar dafür. Da wegen der Öffentlichkeitswirkung wohl ein Gemeinderatsbeschluss angebracht ist, der einen entsprechenden zeitlichen Vorlauf benötigt, wären wir Ihnen verbunden, wenn Sie uns Ihre Zwischenauskünfte geben könnten.

Zum Technischen: Die 4 blauen Stellen im pdf bitte anklicken, um die hinterlegten links zu öffnen.

Im Namen des AAKA

Dr. Dietrich Schulze

## Gegen die Verfolgung und Bedrohung von No-Kargida-DemonstrantInnen

# Solidaritätserklärung

Einen „Online-Pranger“ nennt ka-news (1.6.2015) den Internet-Aufruf der Karlsruher Pegida, die seit dem 23. Mai mit Hilfe der digitalen Medien die Adresse einer No-Kargida-Demonstrantin ausfindig machen möchte. Pegida will gegen die Frau Strafanzeige stellen, da sie angeblich unzulässige Fotos und Daten von Teilnehmern der rechten Kundgebungen ins Internet gestellt habe.

Der über Facebook und andere Internetforen verbreitete private „Fahndungsaufruf“ ist im Netz inzwischen mit Hass-Kommentaren wie „Ja typisch antifa ... diese scheiß zecken müssen weg“ versehen. Auch ein Foto und Name der Gesuchten ist veröffentlicht. Das erinnert an die gefährlichen Anti-Antifa-Aufrufe der Neonazis.

Wir vom AAKA und vom Netzwerk Karlsruhe gegen rechts protestieren gegen diesen hetzerischen Aufruf. Bedrohung, Beleidigung und Verfolgung von Gegendemonstrantinnen und –demonstranten sind sattsam bekannte Einschüchterungsversuche aus dem rechten (Pegida-) Spektrum.

Wir alle aus beiden Bündnissen stellen uns schützend vor die bedrohte Demonstrantin, erklären uns solidarisch mit ihr und rufen den Gemeinderat und die Öffentlichkeit auf, sich unserer Solidarität anzuschließen.

GegendemonstrantInnen haben maßgeblich dazu beigetragen, dass der Einfluss von Neonazis und rechten Hooligans bei Pegida-Aufzügen in Karlsruhe öffentlich bekannt wurde und dass der Hitlergruß nicht länger ungestraft gezeigt werden kann.

Wir rufen alle BürgerInnen auf, sich weiter an den Mahnwachen und Protesten gegen Pegida zu beteiligen, wie auch immer sich deren Ableger benennen mögen. Der rechte Spuk muss überwunden werden! Wir stehen für Vielfalt, Weltoffenheit und Solidarität mit den Flüchtlingen, die unsere Hilfe benötigen.

Antifaschistisches Aktionsbündnis Karlsruhe

Netzwerk Karlsruhe gegen rechts

Sabine Zürn  
Kanalweg 48  
76149 Karlsruhe  
01520 5100329

[sabine.zuern@viacanale.de](mailto:sabine.zuern@viacanale.de)

Silvia Schulze  
Im Speitel 100  
76229 Karlsruhe  
0160 97321947

[silvia.schulze.ka@gmx.de](mailto:silvia.schulze.ka@gmx.de)

# Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg e.V. Kreisvereinigung Karlsruhe



VVN-Bund der Antifaschisten • J. Kany • Kallstadter Str. 15 • 67125 Dannstadt-Schauernheim

VVN-Bund der Antifaschisten  
Kreisvereinigung Karlsruhe  
Jens Kany  
Kallstadter Str. 15  
67125 Dannstadt-Schauernheim  
E-Mail VVN.KA@gmx.de

## Presseerklärung

Ihr Zeichen      Ihre Nachricht vom      Unser Zeichen      Datum  
01.06.2015

### **Gemeinderatsresolution mit offenem Hintertürchen - Extremismus ist Kampfbegriff gegen alle Linken**

Seit Anfang des Jahres finden in Karlsruhe regelmäßig Nazi-Aufmärsche statt. Sie nennen sich „Kargida“ (Karlsruher gegen die Islamisierung des Abendlandes). Der Name erinnert gezielt an die Dresdner „Pegida“ und soll den Eindruck erwecken, es handle sich um eine Manifestation besorgter Bürgerinnen und Bürger. Dass diese Fassade trägt, hat Mitte April auch OB Dr. Mentrup feststellen müssen, der von einem „rechtsextremen Provokations-Tourismus“ sprach.

Der Gemeinderat hat am 19. Mai auf Initiative des AAKA (Antifaschistisches Aktionsbündnis Karlsruhe) mit einer Resolution ein Zeichen gesetzt. Die ursprüngliche Textvorlage, die über das Internet kommuniziert wurde, war angemessen und annehmbar. Einen Tag vor der Gemeinderatssitzung setzte der Ältestenrat jedoch eine Änderung durch. Am Schluss des Textes wurde das Wort „Rechtsextremismus“ ausgetauscht gegen „Extremismus in jeder Form“. Die VVN-BdA Kreisvereinigung Karlsruhe legt entschiedenen Protest gegen diese Änderung ein. Denn was oberflächlich als rein stilistische Änderung daherkommt, birgt gefährlichen Sprengstoff.

Die VVN ist die Vereinigung der politischen Verfolgten des Naziregimes. In ihr haben sich sofort nach der Befreiung von Faschismus und Krieg die Aktiven des politischen Widerstands organisiert. Dem Geist dieser Männer und Frauen - leider zu wenige - die oft schon vor 1933 gegen den Aufstieg des Faschismus in Deutschland aktiv waren, sind wir verpflichtet. Ihr Handeln ist uns auch heute Vorbild angesichts einer wiedererstarkenden Rechten, sowie autoritärem Denken und rassistischem Handeln. Wir erkennen kein Lernen aus der Geschichte, wenn der Gemeinderat, anstatt den Rechtsextremismus eindeutig zu bekämpfen, doppeldeutig von „Extremismus in jeder Form“ schwadroniert. Denn damit wird im letzten Satz alles zuvor gegen rechts zum Ausdruck Gebrachte relativiert und letztlich zur Makulatur gemacht. Damit schwingt der Gemeinderat bewusst die „Extremismuskeule“, die kritische Meinungen zur bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stigmatisiert.

Damit wird auch der Verurteilung und Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands gegen die Kargida-Aufmärsche Vorschub geleistet. Der Extremismusbegriff setzt in unzulässiger Weise Rechts und Links, Faschismus und Kommunismus, Täter und Opfer gleich. Die Änderung des Resolutionstextes verfolgt zwei Zwecke:

Der Gemeinderat hält sich ein Hintertürchen offen, die Resolution auch gegen links wenden zu können und dadurch den antifaschistischen Protest zu diskreditieren. Der Gemeinderat will sich aber womöglich auch offen lassen, eine Politik zu verfolgen, die den rassistischen Forderungen „besorgter Bürger“, die man nicht mit dem Begriff "Extremismus" ausgrenzen möchte, entgegenkommt, statt, wie wolkig verkündet, Flüchtlinge zu schützen und eine tatsächliche Willkommenskultur zu entwickeln.

Die VVN-BdA Kreisvereinigung Karlsruhe betont dagegen: Jeder/m einzelnen/m, die/der gegen Kargida auf die Straße geht, gebührt Respekt und Anerkennung! Jede/r einzelne hat nicht nur die Geschichte auf ihrer/seiner Seite, sondern auch das Grundgesetz! Artikel 20 Satz 4 des Grundgesetzes beinhaltet das „Recht zum Widerstand“. Vor dem historischen Hintergrund der Entstehung des Grundgesetzes und vor dem Hintergrund der Rechtsvorschriften zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ (Art. 139) ist es eindeutig, dass dieses Recht zum Widerstand sich vornehmlich gegen Nationalsozialismus und Militarismus richtet!

In den in Artikel 139 GG genannten Rechtsvorschriften heißt es: „Die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus ist eine unerlässliche Vorbedingung für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau“. Der Widerstand gegen Nationalsozialismus und Militarismus ist die Vorbedingung für Demokratie! Antifaschismus ist eine zutiefst demokratische Angelegenheit!

Die VVN-BdA Kreisvereinigung Karlsruhe ruft alle Demokratinnen und Demokraten auf:

- **Lasst uns das Grundgesetz verteidigen!**
- **Lasst uns Karlsruhe von Kargida befreien, einem Bündnis, an dem faschistische Organisationen federführend beteiligt sind!**
- **Unterstützt die Proteste des „Netzwerks gegen rechts“ und des AAKA!**

Öffentliche Erklärung

## **Gemeinderatserklärung gegen Pedida-Aufmärsche in schmutzige Farce umgefälscht**

Der Schlusspassage der seit 15. Mai öffentlich nachlesbaren Version der Gemeinderatserklärung wurde in der heutigen Gemeinderatssitzung von OB Dr. Mentrup in letzter Minute vor der Entscheidung folgendermaßen umgefälscht: „Karlsruhe steht gemeinsam für Toleranz und Vielfalt im städtischen Miteinander und gegen ~~Rechtsextremismus~~ Extremismus in jeglicher Form - heute wie in der Zukunft.“ ohne geglichen Widerstand auch nur eines einzigen Gemeinderatsmitglieds.

Was bedeutet diese Umfälschung inhaltlich? Bitte lesen sie den Kommentar in ZEIT online von 2011 [Schafft das Wort Extremismus ab!](#) „Die Regierung mag nicht ablassen von dem Dogma, Rechts- und Linksextreme seien das gleiche Problem unterschiedlicher Ausprägung. Das ist gefährlich.“ Diese unerträgliche Gleichsetzung wird Totalitarismustheorie genannt. Diese ist ein Kind des Kalten Krieges, der damals zu einem heißen gegen den „Ostblock“ werden sollte.

Genau vor 7 Jahren hatte in Karlsruhe die CDU mit OB Fenrich eine ebensolche Totalitarismus-offensive gestartet. Die Aufklärung gegen rechts sollte in eine Kampagne "gegen jede Art von Extremismus" umgepolt werden. Lesen Sie bitte den Bericht darüber in der [Webseite des AAKA](#) (Antifaschistisches Aktionsbündnis Karlsruhe). Das AAKA hat zusammen mit dem „Netzwerk gegen rechts“ vor einer Woche mit dem Straßenfest „Bunte Plätze statt rechter Hetze“ eine großartige kulturelle Antwort gegen Rassisten und Neonazis gegeben. Wen wundert es da noch, dass die CDU kürzlich den Versuch unternahm, das „Netzwerk gegen rechts“ in ein „Netzwerk gegen Extremismus“ umzutaufen.

Dass die CDU wie aus 2008 und 2011 berichtet, keine Gelegenheit auslässt, ihre abgestandenen Parolen zu verbreiten, kann niemanden mehr überraschen. Dass aber ein von SPD und Grünen in das Amt gebrachter OB Dr. Mentrup diese Politik mitzutragen beginnt, das verdient schärfsten Protest aller Schichten des Gegenprotestes gegen die Pegida/Kargida-Aufmärsche. Dass mit dieser [kurzfristigen Umfälschung](#) auch die absehbare Kritik der Öffentlichkeit gegen die [vorher annehmbare Version](#) unterlaufen wurde, verschärft die Begründung für den Protest noch.

Wie komme gerade ich dazu, mit meinen Protest vorzupreschen? Einer muss den Anfang machen. Außerdem habe ich namens des AAKA seit 26. März [mehrfach](#) den OB und die Gemeinderäte zu einer solchen Resolution ermuntert, aber nicht zu einer solchen Farce.

Wer bin ich? Hier der [stadtwiki-Eintrag](#). Kurzfassung: Dietrich Schulze (Jg. 1940) war nach 18-jähriger Forschungstätigkeit im Bereich der Hochenergie-Physik von 1984 bis 2005 Betriebsratsvorsitzender im Forschungszentrum Karlsruhe (jetzt KIT Campus Nord). 2008 gründete er mit anderen in Karlsruhe die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten ([WebDoku](#)). Er ist Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit sowie in der Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ und publizistisch tätig. Er ist Mitglied der DFG-VK und Kreisvorstandsmitglied der VVN-BdA Karlsruhe.

Erklärung des Antifaschistischen Aktionsbündnisses Karlsruhe (AAKA)  
vom 24.03.2015

## **Appell an Oberbürgermeister Dr. Mentrup und die Gemeinderäte/Fraktionen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Ihnen angesichts der rassistischen und von Neonazis unterstützten Pegida-Aufmärsche die Resolutionen des Gemeinderats aus den Jahren 2000 und 2006 in Erinnerung rufen. Der 2006 einstimmig unterstützte Aufruf schließt mit den Worten:

"Wir unterstützen alle friedlichen Aktivitäten, die sich dagegen richten, dass unsere Stadt, auch bekannt als Residenz des Rechts, zum Aufmarschgebiet rassistischer Hetze wird. Und die dazu beitragen, den Willen der Bürger/innen unserer Stadt zum Ausdruck zu bringen: IN KARLSRUHE SIND RASSISTEN, SIND NEO-NAZIS UNERWÜNSCHT."

Näheres entnehmen Sie bitte dem [Offenen Brief der Gemeinderatsfraktion B'90 DIE GRÜNEN](#) an OB Heinz Fenrich vom 15. Mai 2007. In ähnlichem Sinne wurde Ende 2007 eine breit unterstützte [Karlsruher Erklärung „Für Demokratie und Weltoffenheit“](#) veröffentlicht.

Das AAKA hat sich letzte Woche in zwei Presse-Mitteilungen [\(1\)](#) und [\(2\)](#) mit der entstandenen Situation auseinandergesetzt. Wir haben darin an die Verhinderung des am 25. Mai 2013 geplanten Naziaufmarschs durch eine beeindruckendes öffentliches Bündnis zusammen mit der Stadt erinnert und unsere zweite Erklärung mit den Worten beendet: „Wir wollen in Karlsruhe ein friedliches und lautes Signal für eine Willkommenskultur für Flüchtlinge senden und lehnen jede Form von Gewalt ab.“

Wir appellieren an Sie als gewählte Repräsentanten unserer Stadt, die früheren Resolutionen dadurch zu bekräftigen, indem Sie ein ähnliches gemeinsames Signal an die Karlsruher Öffentlichkeit richten.

# „Diese Debatten erschrecken mich“

## Iris Berben ist wütend über tief verankerte Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit in der gesellschaftlichen Mitte

**Rust.** Die Schauspielerin Iris Berben hat den Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie den Einsatz für eine Aussöhnung mit Israel zu Leisten gemacht. Für dieses Engagement erhält sie an diesem Freitag einen Radio Regenbogen Award als „Mädchens des Jahres“. Mit Iris Berben sprach Jürgen Ruf.

*Pegida, Ausländerhass, Streit um Flüchtlinge: Wie erleben Sie derzeit das gesellschaftliche Klima in Deutschland?*

Berben: Es macht mich wütend. Ich setze mich seit vier Jahrzehnten ein gegen Ausgrenzung, gegen Antisemitismus und gegen Fremdenfeindlichkeit sowie für das Erinnern unserer Geschichte als moralische Verpflichtung, die wir haben. Die Debatten, die wir jetzt erleben in Deutschland, erschrecken mich.

*Aus welchem Grund?*

Berben: Sie zeigen, dass es nicht um die sogenannten Ewiggestrigen geht. Es gibt eine starke Strömung aus der Mitte der Gesellschaft. Vorurteile, Ressenti-

ments und Fremdenfeindlichkeit sind dort tief verankert. Das liegt wohl in der Natur des Menschen und der Sache, dass da, wo es Probleme und Veränderungen gibt, immer nach Schuldigen gesucht wird. Hinzu kommt eine Ermüdung von Demokratie. Das spielt jenen in die Hände, die als Rattenfänger unterwegs sind und die Sorgen und Nöte der Menschen für ihre politischen Ziele missbrauchen.

*Aber ist Ihre Arbeit gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die Sie seit Jahrzehnten führen, damit nicht gescheitert?*

Berben: Natürlich gab und gibt es immer wieder Zeiten, in denen ich mich frage, ob es etwas nutzt. Es ist ein Lernprozess, den auch ich machen musste: Die Fragen nach der eigenen Geschichte und den Lehren daraus ist keine Sache, die irgendwann am Ziel und erledigt ist. Es ist eine Thematik, mit der wir uns immer auseinandersetzen müssen. Und diesen Staffeln muss man immer wieder an die nächsten Generationen weiterreichen. Das direkte Resultat ist selten zu sehen. Doch man darf sich davon nicht ermüden lassen.

*Hat die nächste Generation überhaupt Interesse an dem Thema?*

Berben: Ich mache Lesungen, gehe in Schulen, informiere über Israel, stelle mich Diskussionen. Und ich spüre schon, dass mit zeitlichem Abstand das Aufklären über Holocaust zum Beispiel mühsamer wird. Wichtig ist mir, Kinder und Jugendliche zu erwecken. Man muss immer wieder neue Zugänge finden, es ihnen nicht als Last erscheinen zu las-



GEGEN RASSISMUS und für die Aussöhnung mit Israel kämpft Schauspielerin Iris Berben. Dafür erhält sie einen Award. Foto: dpa

sen. Es darf nicht verordnet werden, nicht belastet sein. Es soll Spaß machen, sich mit Geschichte zu befassen und dadurch stark zu werden. Mir macht es großen Mut, mit Jugendlichen zusammenzuarbeiten.

## Das Interview

*Mit Ihrem gesellschaftspolitischen Engagement machen Sie sich als Prominente aber auch angreifbar. Wäre es nicht leichter, sich auf die Schauspielerei zu konzentrieren?*

Berben: Natürlich bekomme ich Reaktionen von beiden Seiten. Wobei ich sagen muss, dass die Unterstützung weitaus größer ist als die Ablehnung. Und wenn sich jemand in irgendeiner Weise gestört oder bevormundet fühlt, kann das für mich kein Kriterium sein. Das müssen die Leute aushalten. Dazu ist mir mein Alltag viel zu wichtig. Ich bin nicht 24 Stunden am Tag Schauspielerin, sondern ich bin Bürgerin dieses Landes. Wir leben als Prominente in einer Welt, in der wir uns nicht ausklinken können von dem, was um uns täglich herum geschieht. Man sollte Haltung zeigen und zu seinen Überzeugungen stehen.

*Es gibt aber nicht viele Schauspieler, die sich derart offen engagieren. Wieso sind es so wenige?*

Berben: Die Frage ist, ob man sich angreifbar machen möchte. Und das muss jeder mit sich selbst ausmachen. Ich kenne Kollegen die sagen, sie wollen mit nichts an die Öffentlichkeit gehen, um nicht angefeindet zu werden. Ich selbst habe das ganz pragmatisch genutzt.

*Inwiefern?*

Berben: Popularität hat auch eine Form von Kraft oder Macht, im besten Sinne. Macht, dass man wahrgenommen wird. Ich habe meine Tätigkeit die ersten zehn bis 15 Jahre auch sehr unbeobachtet im kleinen Kreis gemacht. Freunde sagten mir, dass ich es lauter machen und meinen Namen benutzen sollte. Das öffnet Türen und Köpfe. Und diese Auszeichnung nun, der Radio Regenbogen Award, hilft, Themen in die Öffentlichkeit zu bringen. Dafür bin ich dankbar.